

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. September 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barthel, Klaus (SPD)	8, 9	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	7, 63
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	60	Marschewski, Erwin (CDU/CSU)	10, 11
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	5, 6	Matthäus-Maier, Ingrid (SPD)	50, 51
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	58, 59	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 40	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Duve, Freimut (SPD)	52, 53	Schily, Otto (SPD)	30, 31
Ernstberger, Petra (SPD)	61, 62	Schmidt, Ulla (Aachen) (SPD)	26, 67
Fuchs, Anke (Köln) (SPD)	33, 34	Schmidt, Wilhelm (Salzgitter) (SPD)	54, 55
Graf, Günter (Friesoythe) (SPD)	13, 14	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	27, 28
Hagemann, Klaus (SPD)	39	Dr. Struck, Peter (SPD)	56, 57
Hanewinckel, Christel (SPD)	37, 38	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 12
Iwersen, Gabriele (SPD)	41, 42	Tauss, Jörg (SPD)	46, 47
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	1, 2	Teiser, Michael (CDU/CSU)	24, 25
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	20, 64	Vergin, Siegfried (SPD)	15, 16
Kemper, Hans-Peter (SPD)	17, 18	Wallow, Hans (SPD)	32, 43
Krüger, Thomas (SPD)	19, 29	Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (F.D.P.)	3
Kubatschka, Horst (SPD)	48, 49	Wolf, Hanna (München) (SPD)	35, 36
Kuhlwein, Eckart (SPD)	65, 66		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	12
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
Welche Strompreise für die Stahlerzeuger sind gegenwärtig – absolut und relativ – in den neuen Bundesländern und den alten Bundesländern vereinbart und wirksam?
2. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Strompreise für Stahlerzeuger in den neuen Bundesländern auf dem Niveau der alten Bundesländer zu gestalten und zu vereinbaren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

3. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Weng
(Gerlingen)
(F.D.P.)
In welcher Weise ist gewährleistet, daß die Stiftung „Haus der Behinderten“ in Bonn, an deren Stiftungskapital der Bund beteiligt ist, ihren Auftrag, modellartig zu wirken, erfüllt, und lassen nach Ansicht der Bundesregierung die Mitarbeiter nach Zahl und Qualifikation eine sachgerechte Führung der Geschäfte erwarten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

4. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob während des iranisch-irakischen Krieges Waffen bzw. militärisch zu nutzende Güter aus deutschen NATO-Depots oder aber über deutsche Luft- bzw. Seehäfen – möglicherweise über ausländische Mittelsleute – an das iranische Militär geliefert wurden und ob zu dessen Gunsten deutsche Firmen militärische Wartungsleistungen erbracht haben, und – falls dies im Grundsatz zutrifft – welche Einzelheiten über Art, Umfang und Zeitpunkt der erbrachten Lieferungen und Leistungen, über die hieran beteiligten deutschen und ausländischen Unternehmen sowie ausländischen Dienststellen, insbesondere Israels und der USA, kann die Bundesregierung mitteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

5. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)**
- Welche gesundheitspolitischen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der wie von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde festgestellten „drastischen Steigerung der Anzahl von Suchterkrankten“, darunter rd. 10 Millionen Alkoholkranken, rd. 1 Million Medikamentenkranken und 50 000 Drogenabhängigen, wirkungsvoll zu begegnen?
6. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)**
- Welche Kosten verursachen die in Frage 5 genannten Suchterkrankungen jährlich bei den gesetzlichen Krankenkassen und den übrigen Trägern gesundheitlicher Leistungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

7. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard
(SPD)**
- Gibt es Pläne der Bundesregierung, die Überprüfungsintervalle für Kleinf Feuerungsanlagen, die mit umweltfreundlichen Brennern ausgestattet sind, abweichend von den bisherigen Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes der Verordnung über Kleinf Feuerungsanlagen (jährliche Überprüfung), auf größere Intervalle zu verlängern, und wie begründet die Bundesregierung dies, sofern entsprechende Pläne vorliegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

8. Abgeordneter
**Klaus
Barthel
(SPD)**
- Aus welchen Gründen setzt sich die Bundesregierung im EU-Ministerrat für eine beschleunigte Liberalisierung des Postmarktes, insbesondere der Infopost, und eine Herabsetzung der hohen

Anforderungen des Richtlinienentwurfes der Europäischen Kommission über „Gemeinsame Vorschriften für die Entwicklung der Postdienste und die Verbesserung der Dienstqualität in der Gemeinschaft“ an den Universaldienst ein und setzt sich damit in Widerspruch zu Beschlüssen des Europäischen Parlamentes, das der Richtlinie zustimmen muß?

9. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD)

Welche Auswirkungen auf den Postsektor in Deutschland erwartet die Bundesregierung, wenn die EU-Kommission ihren Richtlinienentwurf zurückzieht, weil dessen Verabschiedung durch die vorrangig auf Liberalisierung des Postmarktes ausgerichtete Politik der Bundesregierung blockiert wird, und von ihrer „Bekanntmachung über die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf den Postsektor“ Gebrauch macht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski**
(CDU/CSU)

Wie viele deutsche Staatsangehörige besitzen mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit?

11. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski**
(CDU/CSU)

Wie viele dieser Doppelstaater sind Doppelstaater kraft Geburt (Kinder binationaler Ehen), Doppelstaater aufgrund Einbürgerung unter Hin- und Herbewegung der doppelten Staatsangehörigkeit, Aussiedler?

12. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang sind seit 1990 die Personalien festgestellter Teilnehmer an nicht angemeldeten oder verbotenen Versammlungen in die Personenzentraldatei sowie sonstige spezielle Datensammlungen des nachrichtendienstlichen Informationssystems NADIS eingestellt worden, und in welchem Umfang sind diese Personen in der Folgezeit kontaktiert worden mit dem Ziel einer Werbung als nachrichtendienstliche Verbindung?

13. Abgeordneter
Günter Graf
(Friesoythe)
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bundesgrenzschutzbeamte als Begleiter in dem Zug waren, der die deutschen Fans zum Fußball-Länderspiel Polen — Deutschland am 4. September 1996 nach Zabrze brachte und daß es bereits auf deutschem Boden erhebliche Sachbeschädigungen und auch Straftaten im Bereich „Volksverhetzung“ und „Rassenhaß“ (s. Frankfurter Rundschau vom 5. September 1996) gegeben hat?
14. Abgeordneter
Günter Graf
(Friesoythe)
(SPD)
- Befürchtet die Bundesregierung durch die Vorfälle Auswirkungen auf das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland und ggf. auf Entscheidungen der internationalen Fußballorganisationen hinsichtlich der Bewerbung Deutschlands um die Austragung internationaler Fußball-Wettbewerbe in deutschen Stadien (besonders hinsichtlich der Weltmeisterschaft 2006)?
15. Abgeordneter
Siegfried Vergin
(SPD)
- Wie konnte es passieren, daß ca. 30 deutsche Fans, die mit dem Zug zum Fußball-Länderspiel Polen — Deutschland am 4. September 1996 nach Zabrze anreisten, Presseberichten zufolge (Frankfurter Rundschau vom 5. September 1996) ohne gültige Reisepässe die polnische Grenze überschritten haben, und welcher Art waren die Informationsdefizite, die zu der unerlaubten Einreise dieses Personenkreises nach Polen führten?
16. Abgeordneter
Siegfried Vergin
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Europäischen Parlaments (Entschließung zum Problem des Hooliganismus und zur Freizügigkeit der Fußballfans), daß „die polizeiliche Aufsicht von örtlichen Polizeibeamten geführt werden muß, die bei internationalen Begegnungen nach der notwendigen Konsultierung und Absprache mit den zuständigen Behörden von Polizeibeamten unterstützt werden, die aus dem gleichen Ort stammen wie die auswärtsspielende(n) Mannschaft(en)“?
17. Abgeordneter
Hans-Peter Kemper
(SPD)
- Welche Erkenntnisse gab es im Vorfeld des Fußball-Länderspiels Polen — Deutschland in Zabrze am 4. September 1996 hinsichtlich der Zusammensetzung der mitreisenden Fußballfans?
18. Abgeordneter
Hans-Peter Kemper
(SPD)
- Gab es im Vorfeld dieses Länderspiels direkte Kontakte von Seiten des Bundesministeriums des Innern, des Bundeskriminalamtes und der Grenzschutzdirektion Koblenz zu Interpol Warschau bzw. zur deutschen Botschaft in Polen, und wenn ja, welche?
19. Abgeordneter
Thomas Krüger
(SPD)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung gegenüber der Entscheidung des Freistaates Sachsen, sich durch Kündigung aus der noch von der Regierung de Maizière und der Volkskammer

eingesetzten Stiftung Kulturfonds zurückzuziehen, und hält sie die Anregung, dieses wirksame Instrument zur Förderung zeitgenössischer Künstler und ihrer Projekte durch eine erweiterte Beteiligung auch der alten Bundesländer und vielleicht auch ein eigenes deutliches Engagement zu unterstützen, für sinnvoll?

20. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Optimierung und Harmonisierung der polizeilichen Nacheile und Observation innerhalb der Europäischen Union zu verbessern?

21. Abgeordnete
**Kerstin
Müller**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist es zutreffend, daß die Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen, Frau Sadako Ogata, die Aufnahmestaaten bosnischer Flüchtlinge, also auch die Bundesrepublik Deutschland, darum gebeten hat, den vorläufigen Schutz der bosnischen Flüchtlinge zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht aufzugeben, und warum hält der Bundesminister des Innern dennoch am Rückschiebetermin 1. Oktober 1996 fest?

22. Abgeordnete
**Kerstin
Müller**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung mit den ca. zwei Dritteln der hier lebenden bosnischen Flüchtlinge zu verfahren, die nicht in ihre Heimatorte zurückkehren können, weil sie nicht der ethnischen Mehrheitsbevölkerung angehören, und wie will die Bundesregierung im Falle der Abschiebung der Flüchtlinge dann ggf. der Gefahr begegnen, hierdurch die ethnische Teilung des Landes zu zementieren?

23. Abgeordnete
**Amke
Dietert-Scheuer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Förderung freiwilliger Rückkehr bosnischer Flüchtlinge im Gegensatz zur Durchsetzung von Abschiebungsmaßnahmen zu, und wie begründet sie ihre Auffassung, insbesondere, soweit sie nicht vorrangig auf Projekte zur freiwilligen Rückkehr der Flüchtlinge setzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

24. Abgeordneter
**Michael
Teiser**
(CDU/CSU)

Welches Erfordernis zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die seinerzeitig als Ausnahme-regelung gedachte Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende nach § 105 JGG von

deutschen Gerichten so ausgelegt und angewandt wird, daß inzwischen fast jedes Strafverfahren gegen Heranwachsende unter Anwendung des Jugendstrafrechts geführt wird?

25. Abgeordneter
**Michael
Teiser**
(CDU/CSU)

Welche Gründe sprechen angesichts der aktuellen Entwicklung der Jugendkriminalität nach Auffassung der Bundesregierung heute noch dafür, bei der Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) die Strafmündigkeitsgrenze für Jugendliche nach § 1 Abs. 2 JGG (14 Jahre) beizubehalten?

26. Abgeordnete
**Ulla
Schmidt**
(Aachen)
(SPD)

Zu welchen Ergebnissen hat die in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Rainer Funke auf meine Frage 29 in Drucksache 13/4596 angegebene Prüfung geführt, ob mittlerweile ein Ermittlungsverfahren gegen den mit einem Lehrauftrag in Dresden arbeitenden Dr. L. eingeleitet wurde, und hat die Bundesregierung die schweizerischen Behörden in Zürich auf die von dem auch dort wohnenden Dr. L. ausgehenden Gefahren aufmerksam gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt**
(Berg)
(SPD)

Sind der Bundesregierung Planungen bekannt, daß beim US-Depot (RSAG) in Germersheim Aufgaben, die bisher von deutschen Zivilbeschäftigten ausgeführt und zum Teil bereits von amerikanischen Zivilbeschäftigten übernommen wurden, in Zukunft gänzlich von amerikanischen Zivilbeschäftigten übernommen werden sollen, und ist der Bundesregierung ferner bekannt, wie viele Zivilbeschäftigte amerikanischer Nationalität derzeit beim US-Depot (RSAG) in Germersheim arbeiten?

28. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt**
(Berg)
(SPD)

Welche Arbeiten dürfen nach Auffassung der Bundesregierung entsprechend dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von amerikanischen Zivilbeschäftigten erledigt werden?

29. Abgeordneter
**Thomas
Krüger**
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Anregungen des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. und der Privatinitiative Kunst (PIK) zur Neuregelung der Erbschaftsteuer im Jahressteuergesetz 1997, und hat die Bundesregierung darüber hinausgehende Vorschläge für vom Bund zu setzende Rahmenbedingungen, die auf eine Belebung der Förderung zeitgenössischer Kunst hinzielen?
30. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- In welcher Weise ist der an Rußland in diesem Jahr vergebene Kredit in Höhe von 4 Mrd. DM verwendet worden?
31. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- In welchem Umfang sind Finanzmittel aus dem an Rußland vergebenen 4-Mrd.-DM-Kredit an die von Rußland in Tschetschenien eingesetzte Regierung weitergeleitet worden?
32. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- In welcher Höhe sind Haushaltsmittel für die personalwirtschaftlichen Maßnahmen im Zuge des Bonn-Berlin-Umzuges vorgesehen, und durch welche konkreten Maßnahmen begründen sich die in der Kabinettsvorlage des Bundesministeriums der Finanzen vom 12. Oktober 1993 errechneten Mehrkosten bei einem Umzug 1998 gegenüber einem Umzug im Jahre 2002 in Höhe von 1,7 Mrd. DM?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

33. Abgeordnete
**Anke
Fuchs**
(Köln)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß 170 000 Frauen in der Bundesrepublik Deutschland obdachlos sind und sich ihr Anteil an den Wohnungslosen in Einpersonenhaushalten von 1991 bis 1995 von 10% auf 20% verdoppelt hat (Dokumentationssystem zur Wohnungslosigkeit Alleinstehender – DWA) und der Frauenanteil in Mehrpersonenhaushalten sogar auf 40% gegenüber einem Männeranteil von 20% geschätzt wird, und welche wohnungspolitischen und sonstigen Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um der zunehmenden Wohnungslosigkeit von Frauen entgegenzuwirken?

34. Abgeordnete
Anke Fuchs
(Köln)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung frauenspezifische Dringlichkeitskataloge für die Wohnungsvergabe für erforderlich, die sich an den weiblichen Wohnungsnotfällen orientieren?
35. Abgeordnete
Hanna Wolf
(München)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß laut DWA (Dokumentationssystem zur Wohnungslosigkeit Alleinstehender) fast 40% der wohnungslosen Frauen die Flucht vor dem (Ehe-)partner, meist wegen Gewaltanwendungen, als Ursache ihres Wohnungsverlustes angaben, und ist die Bundesregierung bereit, § 1361 b des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Zuweisung der ehelichen Wohnung in einer Weise zu ändern, die gewährleistet, daß künftig die Frau und ggf. die Kinder statt der gewalttätigen Ehemänner in der Wohnung verbleiben können?
36. Abgeordnete
Hanna Wolf
(München)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, § 5 Abs. 1 Satz 1 des Wohnungsbindungsgesetzes in Verbindung mit § 8 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz – II. WoBauG) so zu ändern, daß künftig auch nichtverwandte und nichtverheiratete Personen mit Wohnberechtigungsscheinen zusammenleben können, so daß z. B. zwei alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern gemeinsam eine Sozialwohnung beziehen können und dadurch Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung eher zu gewährleisten sind?
37. Abgeordnete
Christel Hanewinkel
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nicht nur der Weg in die Obdachlosigkeit, sondern auch das Leben von Frauen in der Obdachlosigkeit besondere typische Merkmale aufweisen, insbesondere durch männliche Gewaltausübung gekennzeichnet sind?
38. Abgeordnete
Christel Hanewinkel
(SPD)
- Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, damit wohnungslose Frauen und Mädchen nicht länger gezwungen sind, sich der Gefahr sexueller Übergriffe von Freiern, bei denen sie Obdach suchen, oder von Männern in Gemeinschaftsunterkünften auszusetzen?
39. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung ihr Verhalten in der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, wenn sie einerseits dem Deutschen Bundestag vorschlägt, die bereits für 1997 gesetzlich beschlossene Kindergelderhöhung zu verschieben, im Haushaltsplanentwurf den Einzelplan 17 (Familien, Senioren, Frauen und Jugend) gegenüber

den Vorjahren mit am stärksten zu kürzen, den Kinder- und Jugendplan um ca. 11% (ca. 20 Mio. DM) zurückzufahren und andererseits die Politik der Kommunen laut „CVJM-Informationen“ Heft 5 + 6/96 kritisiert, in dem die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte, wie folgt zitiert wird: „Angesichts drohender Kürzungen in vielen Kommunen warnte Bundesjugendministerin Claudia Nolte vor deren Folgen. Sie wisse um die angespannte Haushaltssituation in den Kommunen, warne aber deshalb vor weiteren Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe“?

40. Abgeordnete
Amke
Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Mittel für das REAG-Programm (Reintegration und Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany) im Haushaltsentwurf 1997 (Einzelplan 17) gekürzt, obwohl aus diesem Programm die freiwillige Rückreise bosnischer Flüchtlinge finanziert werden soll, und gedenkt die Bundesregierung die Mittel für dieses Programm entsprechend den Empfehlungen von UNHCR und IOM (International Organization for Migration) aufzustocken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

41. Abgeordnete
Gabriele
Iwersen
(SPD)

Hält die Bundesregierung geschlechtsdifferenzierte Wohnbedarfsermittlungen und Wohnungsnotfallstatistiken für erforderlich, und wird sie diese veranlassen?

42. Abgeordnete
Gabriele
Iwersen
(SPD)

Hält die Bundesregierung es für erforderlich, daß frauenspezifische Belange beim Bau von Wohnungen und bei der Wohnumfeldplanung berücksichtigt werden, und was unternimmt sie, um dies zu fördern?

43. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD)

Welche „Beschleunigungsmaßnahmen“ zieht die Bundesregierung beim Neubau des Bundeskanzleramtes in Berlin in Erwägung (siehe Interview mit dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, in der

Berliner Zeitung vom 26. August 1996), und was versteht die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Verlegung von Parlament und Regierungsteilen nach Berlin unter „terminsichernden Maßnahmen“?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

44. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Veränderungen haben sich im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie seit Inkrafttreten des Zweiten Gleichberechtigungsgesetzes am 1. September 1994 hinsichtlich der Anzahl und des Anteils von Frauen in den einzelnen Gehaltsgruppen und in den unterschiedlichen Funktionsbereichen ergeben?
45. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie einen jährlich zu aktualisierenden Frauenförderplan, und wenn ja, wie wurden die in diesem Förderplan enthaltenen Bestimmungen bislang umgesetzt?
46. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Welche Risiken ergeben sich für den Bundeshaushalt in den nächsten Jahren aus der Tatsache, daß das Verglasungskonzept in Mol/Belgien im Zusammenhang mit der Abwicklung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) und der dort erforderlichen Entsorgung hochradioaktiven Abfalls (HAWC) gescheitert ist, und wie werden die über 2 Mrd. DM hinausgehenden Kosten dieser Abwicklung finanziert?
47. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Wird die Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen (EVU) in neue Verhandlungen eintreten, um eine Mitfinanzierung des neuen Konzepts auch durch die EVU zu erreichen, oder akzeptiert die Bundesregierung den von den EVU angekündigten Ausstieg aus einem neuen Konzept?

48. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie hoch sind die von der Bundesrepublik Deutschland für 1997 geplanten Mittelkürzungen für die Projektförderung an europäischen Forschungseinrichtungen insgesamt (absolut und in Prozent), und wie verteilen sich die Kürzungen für die Projektförderung jeweils auf die europäischen Forschungsinstitute (absolut und in Prozent)?
49. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, daß andere EU-Mitglieder, dem deutschen Beispiel folgend, ihre Beiträge für die Projektförderung an europäischen Forschungseinrichtungen ebenfalls kürzen werden, und hält die Bundesregierung die europäischen Forschungsprogramme für gefährdet?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

50. Abgeordnete
Ingrid Matthäus-Maier
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß, wie die Presse berichtet (s. General-Anzeiger vom 18. September 1996), der Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, die Organisationsstruktur des Presseamtes mit den Leitenden Beamten erörtert hat?
51. Abgeordnete
Ingrid Matthäus-Maier
(SPD)
- Was ist das sachliche Ergebnis dieses Gesprächs?
52. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß in einem 1,5 Mio. DM teuren Gutachten der Unternehmensberatung Arthur D. Little für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Empfehlung ausgesprochen wird, die Unterabteilungsleiterebene komplett abzuschaffen (s. General-Anzeiger vom 8. September 1996)?
53. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dieser Empfehlung zu folgen?

54. Abgeordneter
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß Staatssekretär Peter Hausmann im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Unterabteilungsleiterstelle neu besetzt hat, und wie ist dies mit der Empfehlung der Unternehmensberatung Arthur D. Little zu vereinbaren (s. General-Anzeiger vom 18. September 1996)?
55. Abgeordneter
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
(SPD)
- Entspricht es der von der Bundesregierung verfolgten Zielvorgabe der Verschlankung von Bundesbehörden, daß, wie im Bonner General-Anzeiger vom 18. September 1996 berichtet, sich die Anzahl der Abteilungsleiter um zwei auf nunmehr sechs erhöht?
56. Abgeordneter
Dr. Peter Struck
(SPD)
- Wie hat der Bundeskanzler als oberster Dienstherr die Aufforderung der Beamten Schmülling, Gibowski, Lambsdorff und Schumacher, Staatssekretär Peter Hausmann von der Neuorganisation des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung abzuhalten, behandelt und beschieden (s. General-Anzeiger vom 18. September 1996)?
57. Abgeordneter
Dr. Peter Struck
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß nach diesen Vorgängen um das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung noch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an dessen Amtsspitze möglich ist, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
58. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß sich die Beamten Schmülling, Gibowski, Lambsdorff und Schumacher direkt an den Bundeskanzler richteten und ihn aufforderten, Staatssekretär Peter Hausmann von der Neuorganisation des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung abzuhalten (s. General-Anzeiger vom 18. September 1996)?
59. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Hat es in den letzten Jahren ähnliche Fälle gegeben, bei denen sich hohe Beamte zu organisatorischen Fragen unter Umgehung der Amtsspitze direkt an den Bundeskanzler gewandt haben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

60. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister des Auswärtigen nach den Erfahrungen mit dem interfraktionellen Tibetantrag nun darauf besteht, alle außenpolitisch relevanten Anträge der Koalitionsfraktionen vorher einzusehen, um ggf. noch Korrekturen anbringen zu können?
61. Abgeordnete
Petra Ernstberger
(SPD)
- Welche konkreten Informationen hat die Bundesregierung über den Aufenthaltsort bzw. Verbleib des abgeschobenen Asylbewerbers Bilakinam Solona Saguintaah in Togo (s. Frankenpost vom 7. und 12. September 1996)?
62. Abgeordnete
Petra Ernstberger
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die aktuelle Menschenrechtslage in Togo ein?
63. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welche Kenntnis besitzt die Bundesregierung über bürokratische Hindernisse belarussischer Behörden bei der Einfuhr von Hilfsgütern durch private Hilfsorganisationen nach Belarus, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um im Bereich der Ausfuhr von Hilfsgütern nach Belarus durch private Hilfsorganisationen zu einem unbürokratischen Vorgehen der zuständigen belarussischen Stellen zu gelangen?
64. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung weiterhin der Meinung, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ohne die Anerkennung der Unumkehrbarkeit der in der Sowjetzone 1945 bis 1949 durchgeführten Enteignungen nicht möglich gewesen wäre?
65. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Trifft ein Bericht des Fernsehmagazins „Monitor“ vom 19. September 1996 zu, nach dem ein deutscher Beamter der Mission der Europäischen Union in Zagreb für den Bundesnachrichtendienst arbeitet?
66. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, daß Beamte der Bundesregierung als Mitglieder von Missionen der EU bzw. der OSZE nachrichtendienstlich tätig werden?

67. Abgeordnete
Ulla
Schmidt
(Aachen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß der deutsche Sexualstraftäter Dr. L. jetzt in Tschechien von der dortigen Polizei unmittelbar beim Ausüben sexueller Gewalt gegen Kinder überführt wurde, nachdem ihm zuvor die Flucht von den Philippinen vor der dortigen Strafverfolgung nur deshalb geglückt war, weil ihm die deutsche Botschaft in Manila seinen Reisepaß aushändigte?

Bonn, den 20. September 1996